

# 60 Jahre „nukleare Teilhabe“ Deutschlands



# ICAN-Briefing

## 60 Jahre „nukleare Teilhabe“ Deutschlands

Xanthe Hall  
März 2018

**Am 25. März 1958 beschloss der Bundestag nach viertägiger, hitziger Debatte die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen im Rahmen der NATO. Die BRD kaufte bei den USA die Trägersysteme und stellte die Mannschaften; die USA stellten die Atomsprengköpfe, die im Ernstfall eingesetzt werden könnten.**

Nach Ende des Kalten Krieges blieben Atomwaffen in Westdeutschland stationiert, obwohl die Sowjetunion ihre Atomwaffen aus der ehemaligen DDR und anderen Ländern des Warschau-Paktes abzog. Noch heute lagern schätzungsweise bis zu 20 US-Atombomben auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Im Ernstfall werden diese Bomben durch deutsche Piloten eingesetzt.

„Nukleare Teilhabe“ bezeichnet die Beteiligung von NATO-Mitgliedern an Planung, Vorbereitung und Übung des Einsatzes von US-Atomwaffen. Heutzutage gibt es zwei Varianten der Teilhabe: erstens, die politische Teilhabe durch die Teilnahme an der nuklearen Planungsgruppe der NATO, wo Einsatzplanung, Strategie und Stationierung von Atomwaffen diskutiert werden; zweitens, die technische Teilhabe, bei der NATO-Staaten Stützpunkte, Flugzeuge und Personal zur Verfügung stellen und Piloten den Einsatz von Atomwaffen üben.

### Der NATO-Beschluss 1957

Auf dem NATO-Gipfel im Dezember 1957 in Paris wurde beschlossen, dass die USA taktische Atomwaffen in Europa stationieren werden. Diese sollten unter US-amerikanischem Verschluss gehalten werden und weiter Eigentum der USA bleiben, aber den europäischen NATO-Streitkräften zur Verfügung gestellt werden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Final Communiqué, NATO Summit, 16.-19.12.1957, Punkte 20-22, <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c571219a.htm>

2 Rumpf, M. Der Pariser Nato-Gipfel zur atomaren Aufrüstung Europas, Deutschlandfunk, 19.12.2017, [http://www.deutschlandfunk.de/vor-60-jahren-beendet-der-pariser-nato-gipfel-zur-atomaren.871.de.html?dram:article\\_id=406315](http://www.deutschlandfunk.de/vor-60-jahren-beendet-der-pariser-nato-gipfel-zur-atomaren.871.de.html?dram:article_id=406315)

3 Zank, W. Adenauers Griff nach der Atombombe, Die Zeit, 26.07.1996, [http://www.zeit.de/1996/31/Adenauers\\_Griff\\_nach\\_der\\_Atombombe](http://www.zeit.de/1996/31/Adenauers_Griff_nach_der_Atombombe)

Der Start der ersten „Sputnik“-Satelliten-Rakete ins All am 4. Oktober 1957 beunruhigte die NATO. Damit hatte die Sowjetunion unter Beweis gestellt, dass sie die ballistische Raketentechnologie so weit entwickelt hatte, dass sie auch die USA angreifen konnte. In einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 19. Dezember erklärte der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, was die neuen Entwicklungen für Folgen haben könnte: Die bisherige Doktrin der NATO sah vor, dass die USA auf einen Angriff der Sowjetunion in Europa mit einem vernichtenden atomaren Vergeltungsschlag mit Bombern reagieren würde. Wenn jedoch nun die Sowjetunion selbst die USA mit Interkontinentalraketen bedrohen konnte, stellte Adenauer in Frage, ob die USA tatsächlich bereit wären, die eigene Vernichtung zu riskieren, um ihre europäischen Verbündeten zu verteidigen.<sup>2</sup>

### Gemeinsames europäisches Atomprojekt

Auch die Franzosen waren besorgt, wie der damalige französische Staatssekretär Maurice Faure dem deutschen Bundeskanzler am 16. November 1957 bei einer Besprechung in dessen Privatvilla in Rhöndorf mitteilte.<sup>3</sup> Europa könne künftig mehr auf sich selbst angewiesen sein. Faure berichtete weiter, dass die Italiener bei einem gemeinsamen Vorstoß dabei seien. Er meinte, dass man es nicht länger hinnehmen könne, dass nur die USA und Großbritannien im Besitz von Atomwaffen seien. Bundesaußenminister Heinrich von Brentano fügte hinzu, man müsse darauf bestehen, dass auch weitere europäische Staaten über Raketen und Atomwaffen verfügten. Adenauer plante sogar selbst Atomwaffen herzustellen, womit die Franzosen und Italiener zunächst einverstanden waren. Ein gemeinsames atomares Rüstungsprojekt wurde durch die „Rhöndorfer Vereinbarung“ ins Leben gerufen. Das Projekt wurde allerdings später vom französischen General Charles de Gaulle gestoppt, als dieser wieder an die Macht kam.

### Die atomare Bewaffnung Deutschlands

Adenauer und der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß waren überzeugt, man müsse mit Atomwaffen in Europa die Glaubwürdigkeit der Abschreckung untermauern. Der Bundeswehr sollten nicht nur Raketen, sondern auch Atomgranaten mit kurzer Reichweite zur Verfügung stehen. Somit könnte sich auch die deutsche Armee gegen einen befürchteten Vormarsch sowjetischer Panzer auf dem Gefechtsfeld atomar verteidigen.

Der Widerstand in Deutschland gegen diese Pläne war groß. Bereits im April 1957 sprachen sich 18 Wissenschaftler in der „Göttinger Erklärung“ gegen eine atomare Bewaffnung Deutschlands aus. Sie mahnten vor den Folgen eines Einsatzes mit taktischen Atomwaffen: „Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als ‚taktisch‘ bezeichnet man sie, um auszudrücken, dass sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die

Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im Ganzen sehr viel größer sein. Als ‚klein‘ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten ‚strategischen‘ Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.“<sup>4</sup>

4 Göttinger Erklärung,  
[http://www.atomwaffena-z.info/fileadmin/user\\_upload/pdf/goettinger\\_erklaerung.pdf](http://www.atomwaffena-z.info/fileadmin/user_upload/pdf/goettinger_erklaerung.pdf)

Der Bundestagsbeschluss für die Stationierung von Atomwaffen kam am 25. März 1958 durch eine Mehrheit der konservativ-rechten Koalition zustande. Die Opposition protestierte in der Debatte heftig. Die Begründung Adenauers für die atomare Bewaffnung war die angebliche Expansionspolitik der Sowjetunion. „Sowjetrussland ist an konventionellen Waffen stärker als irgendeine Macht auf der Erde“, sagte Adenauer damals. „Sowjetrussland ist - auch wenn wir keine Details darüber wissen, können wir das mit aller Sicherheit sagen - nuklear hoch aufgerüstet. Noch am 22. Januar hat Chruschtschow in einer Rede, die er öffentlich gehalten hat, gesagt, dass die Sowjetunion in der Lage wäre, jeden Punkt der Erde durch ihre Raketen mit nuklearen Köpfen zu erreichen.“<sup>5</sup>

5 Plenarprotokoll Bundestag,  
21. Sitzung, 25.3.1958, S.1102,  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/03/03021.pdf>

Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß behauptete vor dem Plenum, dass die Sowjetunion kurz vor einem atomaren Angriff auf Deutschland stehe. Deswegen müsse Deutschland zum eigenen Schutz durch die Alliierten atomar aufrüsten.

Er führte aus, dass „die Moskauer Deutschlandpolitik, nachdem sie die Forderung nach Zerstückelung Deutschlands im Jahre 1945 deshalb aufgegeben hat, weil die sowjetischen Armeen an der Elbe standen, immer, wenn auch unter verschiedenen Prätexten und mit verschiedenen Einkleidungen, die Herrschaft über ganz Deutschland verlangt hat.“<sup>6</sup>

6 Plenarprotokoll Bundestag  
21. Sitzung, 25.3.1958, S.1113,  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/03/03021.pdf>

Die SPD wandte sich entschieden gegen eine atomare Bewaffnung Deutschlands durch die NATO. Der Abgeordnete Gustav Heinemann warf der Bundesregierung vor, die Frage der nuklearen Bewaffnung an die NATO-Zugehörigkeit zu koppeln, weil die Aufrüstung in der Bevölkerung so unbeliebt war. „Auch wenn wir keine Aufrüstung der Bundeswehr vollziehen, kann die Bundesrepublik gegenwärtig in der NATO bleiben, so wie auch andere Nationen in ihr sind, ohne atomar bewaffnet zu sein.“<sup>7</sup>

7 Plenarprotokoll Bundestag  
21. Sitzung, 25.3.1958, S.1060,  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/03/03021.pdf>

Die Protestbewegung „Kampf dem Atomtod“, unterstützt von SPD, FDP, den Gewerkschaften, der Kirche, den Universitäten und verschiedenen SchriftstellerInnen, organisierte Massendemonstrationen. Die Städte Hamburg und Bremen sowie einige Kommunen in Hessen beschlossen Volksbefragungen. Diese wurden jedoch auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht am 30.7.1958 als verfassungswidrig verboten. Am Tag der geplanten Abstimmung ging die Hälfte der rund 1.000 Beschäftigten der Kasseler Henschel-Werke spontan gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands auf die Straße. Zuvor hatten rund 10.000 Arbeiter der VW-Werke Braunschweig und Wolfsburg die Arbeit niedergelegt.

## Stationierung der Atomwaffen in Deutschland

Bereits ab Herbst 1953 begann die Stationierung der ersten Atomwaffen der westlichen Alliierten in der BRD: nukleare Marschflugkörper, Fliegerbomben, Atomraketen, Atomgranaten und ab 1955 auch Atomminen. Diese Atomwaffen wurden in „Sondermunitionslagern“ eingelagert. Erst 1957 wurde die deutsche Öffentlichkeit über die Existenz dieser Waffen informiert. Insgesamt waren sie auf 100, später mehr als 150, Standorte (mit Ausnahme von West-Berlin) verteilt. Zwischen 1958 und 1963 begann auch die Sowjetunion Atomwaffen in der DDR zu stationieren. Die genaue Zahl der Lager ist unbekannt, wird aber auf um die 30 geschätzt. Sie standen ausschließlich unter sowjetischer Kontrolle. Ab 1968 wurden auch NVA-Verbände mit atomaren Trägersystemen ausgerüstet und die westliche „nukleare Teilhabe“ kopiert.

Die nukleare Teilhabe der NATO wurde in Deutschland durch die Luftwaffe und das Heer umgesetzt. Die Bundeswehr stellte Personal für den Einsatz von ADM-Minen, Artillerie und Transporte der Atomwaffen zur Verfügung. Später erhielt die Bundeswehr auch atomare Artillerieraketen und -geschütze. Die Luftwaffe erhielt atomwaffenfähige Luftabwehrraketen und nukleare Fliegerbomben. Die USA sollten jedoch die Hoheit über die Atomsprengköpfe behalten.

Am Anfang (bis Ende) der 1960er Jahre fürchteten die Vereinigten Staaten die Gefahr eines nicht-autorisierten Einsatzes durch deutsche Soldaten. In einem Video des Sandia-Labors erinnert sich der Historiker Hugh Agnew, wie er einen Wachmann fragte, was dieser tun würde, wenn ein deutscher Pilot einfach mit den Atombomben fortfliegen würde. Agnew riet ihm in diesem Fall auf die Atomwaffen zu schießen.<sup>8</sup> Später wurden die Bomben mit einem Sicherheitssystem ausgestattet und mussten durch US-amerikanisches Personal mit einem Code entsperrt werden. Die Verfügung über die Massenvernichtungswaffen sollten aber an die Deutschen weitergegeben werden, wenn diese sie mit Flugzeugen einsetzen müssten. Diese potentielle Verfügungsübergabe wird oft als Verletzung der Bestimmung des Nichtverbreitungsvertrags kritisiert, der jegliche Weitergabe von Atomwaffen explizit untersagt.

<sup>8</sup> Sandia Lab: Always/Never, Film, 2010, <https://nsarchive2.gwu.edu/nukevault/ebb498/>

## Gemeinsame nukleare Planung

Die nukleare Planungsgruppe (NPG) wurde 1966 eingerichtet, um NATO-Mitgliedern ein Forum zu bieten, Informationen über nukleare Streitkräfte und Planungen auszutauschen. In der NPG werden die Mitgliedsstaaten durch ihre VerteidigungsministerInnen vertreten. Frankreich stellt eine Ausnahme dar. In der Gruppe wird über Sicherheit und Schutz der Atomwaffen sowie ihre Überlebensfähigkeit; über Kommunikation und Informationssysteme sowie Stationierungsfragen diskutiert. Beraten wird die NPG durch die so genannte „High-Level Group“ (HLG), die aus nationalen PolitikerInnen und ExpertInnen besteht. Den Vorsitz der HLG haben die USA inne. Die NPG und HLG haben absolute Autorität in allen nuklearen Fragen der NATO-Verteidigung.

Die Bundesregierung argumentiert, dass die Beibehaltung der US-Atomwaffen in Deutschland ein Mitspracherecht über Atomwaffen in der NATO sicherstelle. Es können jedoch alle NATO-Mitglieder an der NPG teilnehmen, auch wenn das Land beschlossen hat, die Stationierung von Atomwaffen auf seinem Territorium zu untersagen. Das zeigen Beispiele wie Norwegen, Spanien, Dänemark, Litauen oder Island.

### **Reduzierung der Atomwaffen in Europa**

Nach Ende des Kalten Krieges wurde die Zahl der Atomwaffen in Europa sukzessiv verringert. In den 1960er und 1970er Jahren gab es mehr als 7.000 Atomwaffen in Europa, in den 1980er bis zu 6.000. Die erste große Abrüstungsrunde kam nach Abschluss des INF-Vertrages 1988 zustande, als alle Mittelstreckenraketen aus West- und Ostdeutschland abgezogen wurden. 1991 wurde die Zahl der US-Atomwaffen auf zunächst 1.400 reduziert, die aber schrittweise weiter reduziert wurde. Atomwaffenexperte Hans Kristensen schätzte die Zahl vor 10 Jahren noch auf rund 200. Seine Schätzung wurde durch von WikiLeaks veröffentlichte NATO-Kommunikation bestätigt.<sup>9</sup> Die heutige Zahl von Atomwaffen liegt schätzungsweise bei 150, nach einer letzten Reduzierungsrunde unter Präsident Obama.

<sup>9</sup> Cable from NATO to CIA: PDUSP Miller consults with allies on nuclear posture review, 4.9.2009, [https://wikileaks.org/plusd/cables/09USNA-TO378\\_a.html](https://wikileaks.org/plusd/cables/09USNA-TO378_a.html)

Über die Jahre hat sich sowohl die Zahl der Lagerorte für Nuklearwaffen in Europa als auch die Zahl der Staaten, die aktiv mit Flugzeugen bei der nuklearen Teilhabe mitmachen, immer weiter verringert. In den letzten zwanzig Jahren wurden die Lager Nörvenich, Memmingen und Ramstein in Deutschland, Lakenheath in Großbritannien, Araxos in Griechenland sowie Akinci und Murted in der Türkei geschlossen. Rund 60 Prozent der verfügbaren modernen Lagerstätten für Atomwaffen in Europa wurden dabei stillgelegt. Aus der technischen nuklearen Teilhabe ausgeschieden ist neben Kanada auch Griechenland.

### **Nukleare Teilhabe heute**

Aktuell sind vier Länder in Europa an der technischen Teilhabe beteiligt: Belgien (Kleine Brogel), Italien (Ghedi Torre), Niederlande (Volkel) und Deutschland (Büchel). Zudem werden US-Atomwaffen auf dem US-Stützpunkt in Aviano in Italien gelagert. Bis vor dem versuchten Putsch in der Türkei waren auch US-Atomwaffen auf dem US-Stützpunkt in Incirlik stationiert. In der Öffentlichkeit wurde darüber diskutiert, ob sie bereits abgezogen wurden. Bisher fehlen dafür aber Beweise. Lagerorte und Anzahl von Atomwaffen in Europa unterliegen der Geheimhaltung, so dass alle Daten nur Schätzungen sind – auf der Grundlage von Satellitenbildern, deklassifizierten Dokumenten und Gesprächen mit Militärs. Als belastbar gelten die Daten von Hans Kristensen von der Wissenschaftsvereinigung Federation of American Scientists.

10 Kristensen, H. NATO Nuclear Weapons Security Costs Expected to Double, 11.3.2014, <https://fas.org/blogs/security/2014/03/nato-nuclear-costs/>

Flugplatz	Land	Waffenzahl	Träger
Büchel	D	10-20	Tornado PA-200
Kleine Brogel	B	10-20	F16
Volkel	NL	10-20	F16 / F35*
Ghedi Torre	I	10-20	Tornado PA-200
Aviano (US)	I	50	F16 / F35*
Incirlik (US)	TR	50	F16 / F35*

\* Alle F35-Flugzeuge sollen ab 2024 atomwaffenfähig werden<sup>10</sup>

Die US-Atomwaffen werden auf europäischen Flugplätzen in geschützten unterirdischen Magazinen, sogenannten „Weapons Storage Vaults“ (Unterflurmagazinen), aufbewahrt. Jedes Magazin kann bis zu vier Waffen aufnehmen. Die Flugzeuge werden in der Nähe stationiert, und die Magazine werden aus dem Boden hochgefahren, so dass die Atombomben schnell auf die Flugzeuge montiert werden können.

### Politische Entscheidung notwendig

Schätzungsweise 20 B61-Atombomben befinden sich in Deutschland. Sie sind als Bewaffnung für bis zu 46 Tornados der deutschen Luftwaffe in Büchel vorgesehen. Obwohl sich die schwarz-gelbe Bundesregierung 2009 im Koalitionsvertrag für deren endgültigen Abzug einsetzen wollte und der Bundestag 2010 das Ziel fraktionsübergreifend bekräftigte<sup>11</sup>, sind wir heute weit von einem Abzug entfernt. Stattdessen gibt es Pläne für die Stationierung einer neuen, verbesserten Version der Atombombe, der B61-12.<sup>12</sup> 2020 soll die Serienproduktion dieser Bombe beginnen.

11 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen, 24.03.2010, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf>

12 Nassauer, O. und Piper, G. Atomwaffen-Modernisierung in Europa, das Projekt B61-12, BITS & atomwaffenfrei.jetzt. 2012, [http://www.atomwaffenfrei.de/fileadmin/user\\_upload/pdf\\_Dateien/Materialien/B61\\_Studie\\_web.pdf](http://www.atomwaffenfrei.de/fileadmin/user_upload/pdf_Dateien/Materialien/B61_Studie_web.pdf)

Die Bombe soll viel mehr Möglichkeiten zum Einsatz bieten: sie kann digital gesteuert werden und sie wird nicht mehr abgeworfen, sondern ist durch ein neues Heckteil lenkbar. Sie soll damit als „Präzisionswaffe“ einsetzbar sein. Die wählbare Sprengkraft erlaubt eine Atomexplosion mit niedriger oder hoher Zerstörungskraft. Mit der Stationierung der B61-12, die bereits in den nächsten Jahren beginnen soll, wird auch die Frage eines Ersatzes für die Trägerflugzeuge Tornado aufgeworfen, denn die Nutzungsdauer der Tornados wurde bereits verlängert und läuft in den 2020er wieder aus.

13 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 148, 7.2.2018, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag\\_2018.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1)

Im neuen Koalitionsvertrag<sup>13</sup> wird die Strategie des Aussitzens fortgesetzt. Deutschland handelt nicht, sondern setzt auf die Großmächte USA und Russland - in der Hoffnung, dass diese irgendwann Gespräche über taktische Atomwaffen führen und die Atombomben in Europa in diesem Zug abgerüstet werden. Doch es sieht schon lange nicht mehr so aus, als ob das in naher Zukunft geschehen wird.

ICAN fordert daher die Bundesregierung auf sich aktiv an der Abrüstung zu beteiligen und die US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen zu lassen. Die Regierung wiederholt den Fehler der 80er Jahre, wenn sie die Neustationierung von Atomwaffen in Europa als Drohmittel nutzt, um Russland zu Verhandlungen zu zwingen. Beteiligt sich Deutschland damit an einer Art neuem „NATO-Doppelbeschluss“?

14 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 148, 7.2.2018, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag\\_2018.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1)

Gerade angesichts des Bröckelns des INF-Vertrags zu Mittelstreckenraketen ist eine solche Strategie höchst gefährlich. Damit kehren wir zum ungezügelter Wettrüsten des Kalten Kriegs zurück.

Wie im Jahr 1958 sollte zumindest der Bundestag über eine Neustatitionierung von Atomwaffen und damit auch über deren Konsequenzen entscheiden, inklusive des Kaufs eines teuren neuen Atomwaffenträgers. Damit würde auch die Öffentlichkeit informiert und kann entsprechend reagieren. Im Koalitionsvertrag steht: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland eine Interesse daran, an den strategischen Diskussion und Planungsprozessen teilzuhaben.“<sup>14</sup> Auch ohne US-Atomwaffen hierzulande kann Deutschland an der nuklearen Planungsgruppe der NATO teilnehmen. Das ist jedem Mitglied möglich.

Aber wie sollen wir das selbsterklärte Ziel der Bundesregierung von einer atomwaffenfreien Welt erreichen, wenn niemand damit anfangen möchte, sie zu ermöglichen? Wo bleiben die „neuen Initiativen“ für die Abrüstung, auch innerhalb der NATO, die schon im Koalitionsvertrag 2013 und in der NATO seit 2010, versprochen wurden? Die US-Atomwaffen in Deutschland erfüllen keinen militärischen Zweck mehr. Sie sind nur Druckmittel und Zeichen der Bündnistreue. Dennoch haben sie eine unvorstellbare Zerstörungskraft. Jede einzelne Bombe hat die dreizehnfache Größe der Bombe, die über Hiroshima abgeworfen wurden. Und: Die Atombomben machen Deutschland zum potenziellen Ziel eines nuklearen Angriffs.

Nach 60 Jahren „nukleare Teilhabe“ ist es an der Zeit, die atomare Abschreckung in Frage zu stellen. Wollen wir mit der wieder stärker werdenden Angst leben, dass Atomwaffen wieder eingesetzt werden könnten? Oder wollen wir uns mit dem neuen UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen weltweit für Abrüstung, und damit für eine nachhaltige Sicherheit, einsetzen? „Entweder schaffen wir die Atomwaffen ab, oder sie schaffen uns ab“, erklärte ICAN-Direktorin Beatrice Fihn bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN am 10. Dezember 2017.